



**An die Mitglieder des  
Ortsverbandes Halle-Neustadt / Nietleben  
und Dölau, Heide-Nord, Lettin**

Halle (Saale), 05. Mai 2023

Sehr geehrte Mitglieder,

herzlich Willkommen zurück zu meinem Newsletter mit dem versprochenen Update im Nachgang zur Plenarsitzung.

### **1. „Wirtschaft in Sachsen-Anhalt auf der Überholspur – Chancen und Risiken für die Zukunft“**

Einbringer der aktuellen Debatte ist die Fraktion der CDU. Es wurde erklärt, dass es der Anspruch der aktuellen Koalition sei, Sachsen-Anhalt zum führenden Land im Osten zu entwickeln. Das wird auch mit jedem Tag realistischer und wird durch Prognosen führender Wirtschaftsinstitute bestätigt. Die Stärke unserer Wirtschaft liegt nach wie vor beim Mittelstand, beim Handwerk und bei den freien Berufen. Das sind die Motoren der Entwicklung, die in guten und in schlechten Zeiten das Land am Laufen halten. Die Wirtschaftskraft des Landes hat sich seit dem Jahr 1991 mehr als verdoppelt. Auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich spürbar verbessert. Aufgrund des Fachkräftemangels war unser Bundesland niemals zuvor attraktiver. Das ist die Chance, neue Fachkräfte aus dem In- und Ausland zu gewinnen, weshalb die CDU-Fraktion die qualifizierte Zuwanderung nach Sachsen-Anhalt in den Arbeitsmarkt unterstützt. Im Übrigen wurde dann Kritik an der grünen Europa- und Bundespolitik geäußert, welche als akute Gefahr für die positive Entwicklung des Landes angesehen wird.

Für die Landesregierung hat Herr Minister Schulze vorab betont, dass es den vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen zu verdanken ist, dass wir in Sachsen-Anhalt wirtschaftlich so gut dastehen. Laut der Statistiken aus dem Jahr 2022 war beim BIP preisbereinigt ein Anstieg um 2,6 % zu verzeichnen, was uns zu einem der besten Länder in ganz Deutschland macht. Die Wachstumsrate liegt in Sachsen-Anhalt um 0,8 % höher als in Gesamtdeutschland. Das ist preisbereinigt der höchste Anstieg seit mehr als zehn Jahren. Vor allem sei es herausragend, dass unsere Wirtschaft die Herausforderungen der letzten eineinhalb bis zwei Jahre gut weggesteckt hat.

## **2. „Aktiv werden, statt abwarten – Schulgeldfreiheit in den therapeutischen Gesundheitsberufen endlich umsetzen!“**

Die antragstellende Fraktion DIE LINKE führte ein, dass die Schulgeldfreiheit eine wichtige Grundlage sei, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Sowohl die Abschaffung von Schulgeldzahlungen als auch eine angemessene Ausbildungsvergütung seien längst überfällig. Sachsen-Anhalt brauche dringend qualifiziertes Fachpersonal in den therapeutischen Gesundheitsberufen, welches man nur durch attraktive Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen gewinnt. Sowohl Schulgeldfreiheit als auch eine angemessene Ausbildungsvergütung tragen dazu bei, die Ausbildung hier im Land aufzunehmen, sich zu verwurzeln und entsprechend auch eine Zukunft in Sachsen-Anhalt zu haben. In zwölf Bundesländern war es bereits möglich, das Schulgeld für diese Berufe abzuschaffen – ganz unabhängig vom Bund. Eine gute und qualitativ hochwertige Versorgung im Gesundheitsbereich kann auf Dauer nur dann gewährleistet werden, wenn bedarfsgerecht und flächendeckend Fachkräfte ausgebildet werden.

Die Fraktion der CDU führt ein, dass die Einführung einer Ausbildungsvergütung in der Pflegehilfe unstrittig ist. Jedoch ist Geld eben nicht ausschließlich ausreichend, man müsse vielmehr an Strukturveränderungen arbeiten. Das Thema der Schulgeldfreiheit ist im Übrigen bereits in Arbeit, sodass man da zuversichtlich sein kann. Ganz grundsätzlich ist jedoch zu sagen, dass die Therapieberufe sowohl beim Thema Schulgeldfreiheit als auch beim Thema Ausbildungsvergütung nachziehen müssen, denn auch in anderen Berufen wird die Ausbildung vom Staat finanziert.

Im Rahmen des Abstimmungsverfahrens wurde der Antrag einstimmig federführend in den Bildungsausschuss und zur Mitberatung in den Sozialausschuss überwiesen.

## **3. „Investitionen für eine bessere Berufsbildung in Sachsen-Anhalt“**

Antragsteller sind hier die Koalitionsfraktionen der CDU, SPD und FDP. Die Stärkung der dualen Berufsausbildung nimmt eine Schlüsselposition sowohl bei der Fachkräftesicherung in der Wirtschaft als auch beim Erreichen der von der Politik gesteckten Ziele ein. Mit Beginn des Ausbildungsjahres 2022/2023 konnten im Handwerk rund 820 Stellen allein bei uns in Sachsen-Anhalt nicht besetzt werden. Das Handwerk ist einer der Motoren der Energiewende, um die von der Politik gesetzten Ziele und Wünsche auch annähernd erreichen zu können. Hier fehlen aber schlicht die Fachkräfte. Die Ausbildung junger Menschen braucht Zeit, Personal und setzt auch gute Rahmenbedingungen voraus. Dazu bedarf es in erster Linie auch gleichwertige Verhältnisse von beruflicher und akademischer Bildung. Dazu sei unter anderem nötig, dass Auszubildende künftig gemeinsam mit dem Ausbildungsbetrieb entscheiden können, an welcher Berufsschule die Theorie innerhalb der Ausbildung vermittelt wird. Darüber hinaus sollte auch eine gemeinsame Beschulung verschiedener Ausbildungsberufe einer Berufsgruppe aufgrund derselben Rahmenpläne in den ersten und zweiten Ausbildungsjahren möglich sein. Zudem müsse die Eigenverantwortung der berufsbildenden Schulen vor Ort hinsichtlich der Kooperationsmöglichkeiten bei der Ausbildung und innerhalb des Schulnetzes weiter gestärkt werden. Hierbei sollen vor allem auch Methoden des digital basierten Unterrichts Berücksichtigung finden.

Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Feußner ausgeführt, dass es wichtig sei, auf den zukünftigen Berufsnachwuchs einen besonderen Blick zu richten. Die Absicherung des zukünftig so dringend benötigten Fachkräftenachwuchses erfolgt im Bereich des Handwerks und des Dienstleistungssektors vor allem über die duale Berufsausbildung. Es bedarf jedoch weiterhin großer Anstrengungen, um nicht nur das System der dualen Berufsausbildung auf einem hohen Niveau zu halten, sondern auch dem Fachkräftemangel gerecht zu werden. Dies gelingt nur im Einklang und unter Berücksichtigung der aktuellen gesellschaftlichen Erfordernisse einerseits und nur im Zusammenwirken mit allen an der Fachkräftesicherung beteiligten Akteure auf der anderen Seite.

Im Rahmen des Abstimmungsverfahrens wurde dem Antrag mehrheitlich zugestimmt.

#### **4. „Geburtshilfe und Kinderheilkunde stärken!“**

Die antragstellende Fraktion der AfD hat darauf hingewiesen, dass unter anderem im Bereich der Geburtshilfe und der Kinderheilkunde ein massiver Fachkräftemangel herrscht. Im Jahr 2000 gab es in Sachsen-Anhalt 33 Standorte für die Geburtshilfe, aktuell sind es nur noch 21. Das ist ein Rückgang um knapp ein Drittel. Die bedeutendsten Gründe für Schließungen solcher Kliniken seien wohl zu wenige Geburten, Unwirtschaftlichkeit und Fachkräftemangel. Man müsse jedoch nur in andere Bundesländer schauen, was es dort für entsprechende Konzepte und Maßnahmenvorschläge gibt, um das Problem einzudämmen bzw. diesem auch zu begegnen. Nötig wäre unter anderem eine Erhöhung der Zahl der Medizinstudienplätze. Das fordere wohl ebenso die Kassenärztliche Vereinigung Sachsen-Anhalt. Des Weiteren sei ein breites Förder- und Prämienprogramm notwendig, um die jungen Mediziner nach Abschluss des Studiums im Land zu halten und vielleicht sogar für eine Facharztspezialisierung zu gewinnen.

Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Grimm-Benne ausgeführt, dass die Forderung nach mehr Studienplätzen nicht neu sei. Diese ist jedoch an den Bund gerichtet, da mehr Studienplätze allein hier im Land würden nicht dazu führen, dass wir junge Medizinerinnen und Mediziner nach Abschluss des Studiums im Land halten können. Man ist bereits gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung dabei, zu schauen, wie man weitere Anreize schaffen kann, damit sich viele angehende Mediziner in dem Bereich der Kinder- und Jugendmedizin weiter qualifizieren.

Die Fraktion der CDU gab zu bedenken, dass die Kinderärzte an ihrer Belastungsgrenze angekommen seien. Gerade in Regionen, die an andere Bundesländer angrenzen, muss grenzübergreifend gedacht werden und eine Planung dementsprechend erfolgen. Im Hinblick auf die Geburtskliniken sind Praktiker und Experten der Ansicht, dass es im Bereich der Geburtshilfe keine Unterversorgung im Land gibt. Insbesondere die Personalfrage stehe auch immer wieder im Fokus, sodass die Gewinnung von Personal für ambulante und stationäre Angebote oberste Priorität haben sollte. So könnte die Zahl der Studienplätze für Hebammen zu gering sein. Im Bereich der Kinderärzte muss die Attraktivität für das Studium erhöht werden.

Im Rahmen des Abstimmungsverfahrens wurde der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

#### **5. Jobmotor Windenergie für Intel und Co. ausbauen“**

Die antragstellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN äußerte Bedenken darüber, dass die Genehmigungsverfahren in den Landkreisen zum vorgelegten Gesetz der Bundesregierung viel zu lange dauern könnten. Dieses Problem könne man jedoch ganz einfach lösen, indem man die Prüf- und Genehmigungskompetenzen im Land an einer Servicestelle bündelt. Diese würde stellvertretend für die Landkreise die Genehmigungsverfahren übernehmen und im Zusammenspiel mit konsequenter Digitalisierung diese auch deutlich verkürzen, was wohl im allgemeinen Interesse liegen sollte. In der Servicestelle sollen Fachleute sitzen, die ganztägig solche Verfahren prüfen, bearbeiten und genehmigen. Diese Stelle könnte an das Landesverwaltungsamt „angedockt“ werden und wäre nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten.

Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Hüsken es vorab begrüßt, dass Vorschläge für die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren vorgebracht werden. Dafür stehe Sachsen-Anhalt. Man wolle dafür sorgen, dass Unternehmensansiedlungen schneller voran gehen, dass Infrastruktur schneller genehmigt werden kann, aber auch, dass der Bereich der Energiestrukturen möglichst schnell an den Start gehen kann. Aus diesem Grund gehe man beim Thema Digitalisierung auch forscher voran. Frau Ministerin Hüsken geht davon aus, dass man sowohl im Bereich Immissionsschutz als auch in dem Bereich, in dem baurechtlich genehmigt wird, im Laufe des Jahres 2023 Prozesse digital beantragen und umsetzen kann. Kritischer sieht sie hingegen die Einrichtung einer Servicestelle. Wenn man Zuständigkeiten von einer Ebene

auf eine andere Ebene überträgt, bedarf es einer Reihe von Abstimmungsprozessen. Dies hat genau das zur Folge, was man eigentlich gar nicht möchte: es verlangsamt die Prozesse.

Die Fraktion der CDU hat Kritik daran geäußert, dass das Land Baden-Württemberg, welches einen grünen Ministerpräsidenten hat, das Schlusslicht in der Tabelle der Länder steht, die in der Windkraft in Deutschland registriert sind. In Sachsen-Anhalt gibt es drei Mal mehr installierte Windkraft als in Baden-Württemberg, sodass man sich hier nichts vorzuwerfen habe.

Im Rahmen des Abstimmungsverfahrens wurde der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Die nächste Plenarsitzung für dieses Jahr findet vom 01.06.2023 bis 02.06.2023 statt. Ich melde mich, wie gewohnt, vorab bei Ihnen. Bis dahin!

Herzliche Grüße, Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Christian Albrecht', written over a horizontal line.

Christian Albrecht MdL  
Vorsitzender des Ortsverbandes Halle-Neustadt / Nietleben